

NIEDERSCHRIFT

Öffentliche Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Soziales
in der Legislaturperiode 2011 bis 2016
am 09.04.2013

Sitzungsraum, Jugend- und Kulturzentrum „Blaue Pfütze“, Borngasse 29, Kirchhain

Anwesend waren:Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Gerd Althainz	
Herr Wolfgang Budde	
Frau Rosemarie Lecher	
Frau Dagmar Schmidt	Vertretung für Herrn Udo Lauer
Herr Günter Schrantz	
Frau Helga Sitt	Ausschussvorsitzende
Herr Hans-Heinrich Thielemann	
Herr Prof. Dr. Rainer Waldhardt	

Anwesend ohne Stimmrecht

Frau Angelika Aschenbrenner	
Herr Edwin Groß	
Herr Reinhard Heck	
Herr Holger Lesch	
Herr Prof. Dr. Erhard Mörschel	
Herr Konrad Neurath	
Frau Karin Pielsticker	
Herr Uwe Pöppler	
Herr Willibald Preis	bis TOP 5
Frau Dorothea Schmidt	
Herr Gerhard Wiegand	

Für den Magistrat

Herr Bürgermeister Jochen Kirchner	
Herr Stadtrat Dr. Christian Lohbeck	
Herr Erster Stadtrat Dietmar Menz	bis TOP 5

Schriftführer

Herr Dirk Lossin

Für die Verwaltung

Herr Gordon Schneider	Leiter Fachbereich 3, zu TOP 3
Herr Yörn Weber	Mitarbeiter Fachbereich 3, zu TOP 3

Beginn der Sitzung: 18:00 Uhr
Ende der Sitzung : 20:20 Uhr

Öffentliche Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Soziales am 09.04.2013**(TOP 1)****Eröffnung der Sitzung / Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Die Ausschussvorsitzende begrüßte alle Anwesenden und stellte bei Eröffnung der Sitzung fest, dass die Mitglieder des Ausschusses rechtzeitig und ordnungsgemäß eingeladen worden sind und der Ausschuss nach § 53 i.V. mit § 62 Abs. 5 HGO beschlussfähig ist. Ort und Stunde sowie die Tagesordnung sind im Kirchhainer Anzeiger öffentlich bekannt gegeben worden.

Einwendungen hiergegen sowie gegen die mit der Einladung zugestellte Tagesordnung wurden nicht erhoben.

Der Tagesordnungspunkt 7 "Sachstandsbericht der Verwaltung zum Zustand der städtischen Spielflächen" wurde von Bürgermeister Jochen Kirchner zurückgezogen und auf die nächste Ausschusssitzung vertagt.

Die Verhandlungen fanden in öffentlicher Sitzung statt. -/-

Öffentliche Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Soziales am 09.04.2013**(TOP 2)****Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung am 29.01.2013**

Die Ausschussvorsitzende stellte fest, dass gegen die zugestellte Niederschrift bisher keine Einwände erhoben worden sind.

Auf entsprechende Rückfrage war dies auch in der Ausschusssitzung nicht der Fall.

Die Niederschrift gilt daher gemäß § 29 Abs. 4 der Geschäftsordnung für die Stadtverordnetenversammlung und die Ausschüsse der Stadt Kirchhain als genehmigt. -/-

Öffentliche Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Soziales am 09.04.2013

(TOP 3) 12/2011-2016

V. Nachtrag zur Friedhofssatzung und Novellierung der Friedhofsgebührensatzung der Stadt Kirchhain

Ja-Stimmen: 8 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0

- I. Dem V. Nachtrag zur Friedhofssatzung der Stadt Kirchhain wird in der vorliegenden Fassung zugestimmt. Inkrafttreten wird der V. Nachtrag zur Friedhofssatzung der Stadt Kirchhain am Tage nach der Bekanntmachung Anfang Mai 2013.
Dem Haupt- und Finanzausschuss sowie der Stadtverordnetenversammlung zur Beratung und Beschlussfassung.
- II. Der Novellierung der Friedhofsgebührensatzung der Stadt Kirchhain wird in der vorliegenden Fassung zugestimmt. Inkrafttreten wird die novellierte Friedhofsgebührensatzung der Stadt Kirchhain am Tage nach der Bekanntmachung Anfang Mai 2013.
Dem Haupt- und Finanzausschuss sowie der Stadtverordnetenversammlung zur Beratung und Beschlussfassung. -/-

Öffentliche Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Soziales am 09.04.2013

(TOP 4)

Vorstellung des Kindertagesstättenentwicklungsplanes

Fachbereichsleiter Dirk Lossin stellte den Ausschussmitgliedern den vom Magistrat am 27.03.2013 festgestellten Bedarfsplan (Stand: 31.12.2012) der Stadt Kirchhain gemäß § 30 Hessisches Kinder- und Jugendhilfegesetzbuch (HKJGB) vor und beantwortete die im Anschluss daran gestellten Fragen.

Der Bedarfsplan wird dem Landkreis Marburg-Biedenkopf - Fachbereich Familie, Jugend und Soziales - als örtlichem Träger der Jugendhilfe vorgelegt.

Im Politikerportal der Stadt Kirchhain ist der Bedarfsplan für die Mandatsträger eingestellt. -/-

Öffentliche Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Soziales am 09.04.2013

(TOP 5)

Neues hessisches Kinderförderungsgesetz;

a) Sachstandsbericht der Verwaltung

b) Antrag des Stadtverordneten Reinhard Heck (Die Linke)

a) Der Leiter des Fachbereichs 1, Mitarbeiter Dirk Lossin, informierte die Ausschussmitglieder über die im Entwurf des neuen Hessischen Kinderförderungsgesetzes enthaltenen allgemeinen Vorgaben und stellte diese den Regelung in den zurzeit geltenden Verordnungen gegenüber. Dabei ging er insbesondere auf die finanziellen und personellen Aspekte der zum 01.01.2014 anstehenden Änderung ein. Der komplette Sachvortrag kann anhand der dazu im Politikerportal eingestellten Folien nachvollzogen werden.

b) Über den Antrag des Stadtverordneten Reinhard Heck (Die Linke) mit dem Wortlaut

„In Anbetracht der Auseinandersetzungen um das neue hessische „Kinderförderungsgesetz“ fordert die Stadtverordnetenversammlung die Landesregierung auf, für die Ausbildung hinreichender Erzieherinnen und Erzieher für die Kindertagesstätten in unserem Lande zu sorgen und deren Berufsbild aufzuwerten.“

wurde, nachdem die Fraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP einen Änderungsantrag eingereicht hatten, nicht mehr abgestimmt.

Dem Änderungsantrag von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP mit dem Wortlaut

„Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich für eine gewohnt qualitativ hochwertige Arbeit in Kinderbetreuungseinrichtungen/Kindertageseinrichtungen in Kirchhain aus, die den Grundsätzen des hessischen Bildungs- und Erziehungsplanes entspricht. Gesetzliche Rahmenbedingungen müssen diesem Grundsatz entsprechen.

Im Zuge des Beteiligungsverfahrens zum Entwurf des Hessischen Kinderförderungsgesetzes wurden neben positiven Aspekten auch Bedenken und Befürchtungen von Erzieherinnen, Verbänden und den Kommunalen Spitzenverbänden vorgetragen.

Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Landesgesetzgeber auf, die vorgetragenen Bedenken und Befürchtungen ernst zu nehmen und das Gesetz nach einer Auswertung der Anhörung zu überarbeiten. Dabei sind insbesondere die Ziele einer guten pädagogischen Arbeit in den Kinderbetreuungseinrichtungen - auch durch eine gute Erzieherinnen- und Erzieherausbildung - durch angemessene Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten zu berücksichtigen.

Weiterhin fordert die Stadtverordnetenversammlung den Landesgesetzgeber dazu auf, die Ziele der UN-Behindertenrechtskonvention auch in Bezug auf die Personalausstattung von Kinderbetreuungseinrichtungen zur Betreuung von Kindern mit Behinderung im neuen Kinderförderungsgesetz zu berücksichtigen und im Zuge der Konnexität die Kosten hierfür zu tragen. Bei eingruppierten Kinderbetreuungseinrichtungen müssen im Zuge des Kinderförderungsgesetzes mindestens zwei Erzieherinnen bzw. Erzieher vorgeschrieben sein.

Der Magistrat wird gebeten, die Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung zum Kinderförderungsgesetz über den Spitzenverband dem Landesgesetzgeber mitzuteilen.“

ist mit

8 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen

zugestimmt worden. -/-

Anmerkung:

Der Stadtverordnete Reinhard Heck (Die Linke) erklärte sich inhaltlich mit dem Änderungsantrag einverstanden. Gleichwohl bat er darum, seinen Antrag bei der Zusammenstellung der Tagesordnung für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung zu berücksichtigen.

Öffentliche Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Soziales am 09.04.2013

(TOP 6)

Antrag des Stadtverordneten Reinhard Heck (Die Linke): “Fracking”-Methode

Der Antrag des Stadtverordneten Reinhard Heck (Die Linke) mit dem Wortlaut

“Die Stadtverordnetenversammlung lehnt, wegen der unüberschaubaren Gefahren für den Menschen und seinen Lebensraum, die Erdgasgewinnung nach der “Fracking”-Methode ab. Nach dem aktuellen Gesetzentwurf der Bundesregierung soll eine derartige Energiegewinnung außerhalb ausgewiesener (Trink-)Wasserschutzgebiete grundsätzlich möglich sein”

wurde unter Hinweis auf einen gemeinsamen Antrag aller Fraktionen für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 22.04.2013, dem Herr Heck beitreten wird, vom Antragsteller in der Sitzung zurückgezogen.

Anmerkung:

Der gemeinsame Antrag “Keine Privatisierung der Trinkwasserversorgung” von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP hat folgenden Wortlaut:

“Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kirchhain fordert die Europäische Kommission auf, ihre Pläne, die Wasserversorgung zu privatisieren, fallen zu lassen.

Die Stadtverordnetenversammlung schließt sich der Feststellung des Kreistagsbeschlusses vom 08.02.2013 an, dass die Versorgung der Bevölkerung mit Wasser ein zentrales öffentliches Gut ist und dem besonderen Schutz bedarf. Es ist Aufgabe aller politischer Ebenen - von der Europäischen Union, über die Bundes- und Landesregierungen bis zu den Städten, Gemeinden und Landkreisen - dafür zu sorgen, dass alle Bürgerinnen und Bürger einen universellen Zugang zu sauberem Wasser und sanitärer Grundversorgung haben.

Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich für den Schutz des Grundwassers und damit gegen die Gewinnung von Erdgas durch Fracking aus.

Die Versorgung mit Trinkwasser und die Bewirtschaftung der Wasserressourcen darf nicht den EU-Binnenmarktregeln unterworfen werden. Die Wasserwirtschaft ist von der Liberalisierungsagenda auszuschließen.

Der Magistrat wird gebeten, sich für diese Forderungen einzusetzen und mit den kommunalen Spitzenverbänden den Vorschlag der EU-Kommission abzulehnen. Somit soll gegenüber der EU-Kommission der entschiedenen Ablehnung einer Privatisierung der Versorgung mit Trinkwasser mehr Gewicht verliehen werden.“

Öffentliche Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Soziales am 09.04.2013**(TOP 7)****Sachstandsbericht der Verwaltung zum Zustand der städtischen Spielflächen**

Der Tagesordnungspunkt "Sachstandsbericht der Verwaltung zum Zustand der städtischen Spielflächen" wurde von Bürgermeister Jochen Kirchner zu Beginn der Sitzung zurückgezogen (siehe auch Hinweis unter TOP 1). -/-

Öffentliche Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Soziales am 09.04.2013**(TOP 8)****Mitteilungen des Magistrats**

1. Berichterstattung in der Oberhessischen Presse am 28.03.2013 zur privaten Initiative, in Stausebach einen Waldkindergarten zu gründen
Im Stadtteil Stausebach hat sich eine Initiative zur Einrichtung eines Waldkindergartens gegründet. Ein erster Informationsabend dazu hat Ende März stattgefunden.
2. Kindergarten „Bärenhöhle“ in Niederwald;
Ausnahmegenehmigung für die befristete Erweiterung um eine zweite Gruppe mit max. 5 Plätzen
Um dem steigenden Bedarf nach Betreuungsplätzen gerecht werden zu können, hat die Stadt Kirchhain eine befristete Ausnahmegenehmigung (01.02. - 31.07.2013) für die Aufnahme von bis zu fünf weiteren Kindern im Kindergarten "Bärenhöhle" beantragt und genehmigt bekommen.

3. Vereinbarung über den konnexitätsbedingten Ausgleich für die Verordnung über die Mindestvoraussetzungen in Tageseinrichtungen für Kinder; Abschlagszahlung 2013
Entsprechend der Vereinbarung über den konnexitätsbedingten Ausgleich für die Umsetzung der Verordnung über Mindestvoraussetzungen in Tageseinrichtungen für Kinder vom 17.12.2008 hat die Stadt Kirchhain vom Land Hessen eine Abschlagszahlung auf den vereinbarten Ausgleichsbetrag in Höhe von rund 216.000,00 € für die Jahre 2009 - 2013 erhalten.
4. Nachlass von Frau Marianne Köhler für den Verwendungszweck „Mehrgenerationenspielplatz“
Die Stadt Kirchhain hat vom Landkreis Marburg-Biedenkopf aus dem Nachlass von Frau Marianne Köhler einen Betrag von 20.000,00 € überwiesen bekommen. Die Mittel sind zweckgebunden für einen Mehrgenerationenspielplatz zu verwenden. Das Projekt soll noch im 1. Halbjahr 2013 im Annapark umgesetzt werden.
5. Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 22.04.2013: Sicherstellung des ärztlichen Bereitschaftsdienstes
Die in der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kirchhain vertretenen Fraktionen haben einen gemeinsamen Antrag zur Sicherstellung des ärztlichen Bereitschaftsdienstes mit dem Wortlaut
*“Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kirchhain fordert die Kassenärztliche Vereinigung Hessen auf, dem gesetzlichen Auftrag zur Sicherstellung der ambulanten medizinischen Versorgung der Menschen im Landkreis Marburg-Biedenkopf nachzukommen und die Versorgung so zu organisieren, dass eine zeitnahe Erreichbarkeit für die Menschen gewährleistet wird.
Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich für die Beibehaltung der bisherigen Standorte der Bereitschaftsdienstzentralen in Stadtallendorf, Gladenbach, Biedenkopf und Marburg aus und fordert die Kassenärztliche Vereinigung auf, dafür zu sorgen, dass im Rahmen der Reform dies ermöglicht wird und vor Ort organisiert und finanziert werden kann.
Der Magistrat wird gebeten, sich für eine wohnortnahe Versorgung der Menschen von Kirchhain einzusetzen.“*
eingereicht.
6. Einsammlung von Gelben Wertstoffsäcken im Gebiet der Stadt Kirchhain
Die für die Einsammlung der Gelben Wertstoffsäcke des Dualen Systems Deutschland zuständige Firma SITA Mitte aus Dillenburg hat mit Wirkung vom 01.04.2013 die Firma Mittelstädt aus Stadtallendorf als Subunternehmer mit der Übernahme der entsprechenden Leistungen beauftragt.
7. Betrieb der Kompostierungsanlage Stausebach; Mengenstatistik 2012
Die Mengenstatistik 2012 für die Kompostierungsanlage in Stausebach ist dieser Niederschrift als Anlage beigefügt.
8. Schul- und Stadtbücherei Kirchhain
Die neue Schul- und Stadtbücherei Kirchhain im Gebäude 21 der Alfred-Wegener-Schule war erstmals am 08.04.2012 für die Öffentlichkeit zugänglich. Die Einrichtung ist wie folgt geöffnet: Montag und Donnerstag von 14:30 - 17:00 Uhr sowie während der Ausleihzeiten für Schülerinnen und Schüler (Montag, Mittwoch und Donnerstag ab 09:30 Uhr).

Öffentliche Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Soziales am 09.04.2013**(TOP 9)****Anfragen und Verschiedenes**

1. Die Stadtverordnete Rosemarie Lecher (CDU-Fraktion) kritisiert das "Wilde Plakatieren" für eine Spinnenausstellung Mitte April in der städtischen Markthalle.
Bürgermeister Jochen Kirchner berichtet, dass dem Veranstalter unter Hinweis auf die bestehenden Vorgaben der Kirchhainer Plakatordnung zunächst die Gelegenheit gegeben wird, die nicht ordnungsgemäß aufgehängten Plakate zu entfernen. Sollte dies nicht erfolgen, muss über eine Ersatzvornahme entschieden werden.
2. Der Stadtverordnete Gerd Althainz (CDU-Fraktion) merkt an, dass am Gebäude der Spielhalle in der Frankfurter Straße in Kirchhain entgegen den rechtlichen Vorgaben immer noch der Name "Casino Novolino" angebracht ist. Der entsprechende Hinweis unmittelbar an der Straße wurde dagegen entfernt.
3. Für die nächste Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Soziales am 18.06.2013 kündigt die Ausschussvorsitzende Sachstandsberichte zu den Themen "Kirchhain blüht" und "Weitere Renaturierungsmaßnahmen an der Wohra" an.

G e f e r t i g t :

DIE AUSSCHUSSVORSITZENDE

DER SCHRIFTFÜHRER

Helga Sitt, Stadtverordnete

Lossin, Oberamtsrat